

Zwischen Kontinuität und Wandel

Die KP-Nachfolgeparteien in Ostmitteleuropa

Im vielfach instabilen und zersplitterten Parteiengefüge der früheren Ostblockstaaten sind die Nachfolgeparteien der ehemals regierenden Kommunisten immer noch ein gewichtiger Faktor. Das hat nicht zuletzt der Sieg der Ex-Kommunisten bei den litauischen Parlamentswahlen gezeigt. Im folgenden Bericht befaßt sich Heinz Timmermann vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien mit Gewicht, inneren Problemen und Chancen der KP-Nachfolgeparteien in Polen, Ungarn, Bulgarien, der Tschechischen und Slowakischen Republik.

In den Ländern des früheren Sowjetblocks ist es den KP-Nachfolgeparteien überall gelungen, den Zusammenbruch des kommunistischen Systems zu überleben und teilweise sogar relativ starke Vertretungen in die nationalen (und kommunalen) Parlamente zu entsenden. In *Bulgarien* blieb die zur „Sozialistischen Partei“ gewendete KP mit 33 Prozent die weitaus größte Oppositionskraft; sie verfügt bei verfassungsändernden Gesetzen über eine Veto- und Blockierungsmacht. In *Polen* sowie in der *Tschechischen* und in der *Slowakischen* Republik bilden die früheren KPen mit 10 bis 15 Prozent die zweitstärkste Abgeordnetengruppe. In *Ungarn* schließlich könnte die Neo-„Sozialistische Partei“ zwischen dem konservativen und dem liberalen Lager zum Zünglein an der Waage werden, wenn es um zukünftige Koalitionsbildungen geht.

Diese Situation stellt einen *zusätzlichen Unsicherheitsfaktor* beim Übergang der Länder Osteuropas vom Kommunismus zur Demokratie dar. Die zentralen Fragen lauten: Haben sich die KP-Nachfolgeparteien seit dem Umbruch vom Herbst 1989 in Struktur, Programm und Politik tatsächlich radikal gewandelt, wie ihre Führungen betonen? Ist die Metamorphose von der marxistisch-leninistischen Staatspartei zur demokratisch-linken Volkspartei bereits vollzogen, wie es die Programmaussagen der Parteien suggerieren? Wie beurteilen die neuen Parteien der Region – und hier insbesondere die von den Nachfolgeparteien zur Bündnisbildung aufgerufenen Formationen sozial-liberaler Prägung – den Wandel der KP-Nachfolgeparteien, wie gestalten sie ihr Verhältnis zu ihnen? Und schließlich: Wie sollen die Sozialistische Internationale (SI) und deren Komponenten auf das Streben der gewendeten KPen reagieren, in die Parteienfamilie der internationalen Sozialdemokratie aufgenommen zu werden?

„Sozialdemokratisierung“ der früheren KPen?

All diese Fragen können vorerst noch nicht abschließend beantwortet werden, zumal die neu entstehende Parteienlandschaft insgesamt in Osteuropa noch keine festen Konturen gewonnen hat. Gleichwohl läßt sich eine Zwischenbilanz ziehen, die Auskunft gibt über Charakter und Ausmaß des Wandels bei den Nachfolgeparteien in der Region.

Wenn es um die Herausbildung einer demokratisch ausgerichteten, aus den spezifischen Bedingungen Ostmitteleuropas heranwachsenden Linken geht, so ist zunächst auf jene Formationen zu verweisen, die aus den *Sammlungsbewegungen der antikommunistischen Opposition* hervorgingen. Sie treten für den Aufbau einer „Zivilgesellschaft“ westlichen Typs sowie für ein Gesellschaftskonzept ein, das sich – in westlichen Kategorien – als links-liberal oder liberal-sozial charakterisieren ließe (Solidarność-Linke in Polen, aus dem Bürgerforum stammende linksdemokratische Kräfte in der Tschechoslowakei, Freie Demokraten in Ungarn, Teile der Union Demokratischer Kräfte – UDK in Bulgarien).

Die *zweite* Grundströmung auf der Linken im postkommunistischen Osteuropa bilden die ex-kommunistischen Parteien. Auf der einen Seite sind die ExKPen trotz der Diskreditierung der kommunistischen Systeme aus den Wahlen im allgemeinen stärker als erwartet hervorgegangen; auch verfügen sie weiterhin über einen soliden Mitgliederstamm. Fast alle widmeten sich um in „sozialistische“ oder „sozialdemokratische“ Partei, fast alle wollen sich „sozialdemokratisieren“. Tatsächlich unterscheiden sich ihre Programme, was die *Zukunft* betrifft, kaum von den Programmen der lokalen Sozialdemokraten. Die Führungen der Nachfolgeparteien bekennen sich explizit zur Stockholmer Prinzipienklärung der SI vom Juli 1989. Fast alle bemühen sich daher um eine Anbindung an die SI mit der Perspektive einer späteren Vollmitgliedschaft (Ausnahme: KP Böhmens und Mährens).

Auf der anderen Seite ist jedoch zu bedenken: Als Mitspieler beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie waren die ExKPen bei Strafe des Untergangs gleichsam gezwungen, die demokratischen Spielregeln zu akzeptieren. Hinzu kommt: Programmatische „Sozialdemokratisierung“ und auch personelle Erneuerung an der Spitze *allein* bilden keine hinreichenden Indizien und Garantien dafür, daß diese Parteien den Prozeß des demokratischen Wandels tatsächlich bereits weit vorangetrieben oder gar abgeschlossen hätten. Angesichts der kurzen Zeitspanne seit den Revolutionen von 1989 wäre ein solcher fundamentaler Wandel auch äußerst schwierig und wenig glaubhaft: Immerhin waren die KPen, in deren Nachfolge sich die Neo-Sozialisten und Neo-Sozialdemokraten sehen, einst als bewußte *Gegen-Bewegung* zur Sozialdemokratie

entstanden. Bis zuletzt hatten ihre Führungen – bei allen Differenzierungen im einzelnen – ihre Partei ideologisch, politisch und organisatorisch als revolutionäre Vorhut gegenüber dem vorgeblich kapitulanten Revisionismus der Sozialdemokratie verstanden. Eine solche Grundeinschätzung wirkt prägend und läßt sich im Gesamtkörper der Partei kurzfristig nicht radikal ändern.

Aus den Programmen der ExKPen *allein* lassen sich daher nur sehr begrenzt Schlüsse auf den Charakter des Wandels bei den KP-Nachfolgeparteien ziehen. Das ist übrigens bei den meisten Parteien in Ost- und Westeuropa nicht anders. Aufschlußreicher als die jeweiligen Programme, die übrigens in großen Teilen oft von Vertretern der sozialdemokratischen Minderheiten in den ExKPen verfaßt wurden (Ungarn, Polen), sind Strukturmerkmale und soziale Einflußzonen, interne Flügelkämpfe und die tatsächliche politische Linie in den Transformationsprozessen, sind die Bündnispolitik und nicht zuletzt das Verhältnis zur eigenen Vergangenheit.

Die Parteien und ihre sozialen Einflußzonen

Charakteristisch für sämtliche Nachfolgeparteien ist die Tatsache, daß sie durchweg 10 bis 15 Prozent der Wählerstimmen, in Bulgarien sogar 33 Prozent auf sich vereinigen konnten. Dies hat im Westen vielfach überrascht, war doch angesichts der Diskreditierung der KPen mit geringeren Prozentzahlen gerechnet worden. Worin liegen die Ursachen für die relativ guten Ergebnisse? Signalisieren sie einen radikalen Neubeginn, der von Teilen der Bevölkerung auch als solcher perzipiert wird?

Eine solche Deutung wäre höchst problematisch. Wahrscheinlich gilt umgekehrt, und zwar sowohl im Hinblick auf ihre politische und soziale Verankerung als auch mit Blick auf die subjektive Wahrnehmung durch die Bevölkerung: Bei den Nachfolgeparteien handelt es sich – ähnlich wie bei der PDS – mehr oder weniger ausgeprägt eher um *Restgrößen* des alten Regimes und der alten Eliten, die so, wie sie sind, kaum Zukunft haben werden. Es sind Parteien, die ihre Kraft vornehmlich aus den mit der Transformation verbundenen Problemen sowie aus der Zustimmung jener Gruppen beziehen, die sich zu den Verlierern des Systemwechsels zählen. Für diese – zugespitzte – These spricht nicht zuletzt das relativ ähnliche Wählerquorum für die Nachfolgeparteien: Es existiert keine signifikante Korrelation zwischen Reformfreude und höherem Wählerzuspruch, wie man erwarten könnte.

Die größte Wählergruppe der Nachfolgeparteien bildet die *alte Nomenklatur* in umfassendem Sinne, also die Bürokratie der ehemaligen Partei-, Staats- und Wirtschaftsverwaltung mit ihren Familien und nahestehenden Gruppen. Zu ihnen zählen auch Teile der Intelligenz. In dieses Bild paßt das relativ hohe Durchschnittsalter der Nachfolgepartei-Wähler; unter den jüngeren Generationen finden sie kaum Anklang.

Die Nachfolgeparteien erhalten im allgemeinen in der Provinz

und in den Kleinstädten relativ stärkeren Wählerzuspruch als in den Großstädten. Das ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen, z. B. auf eine konservativere Grundstimmung in der Provinz bei gleichzeitiger guter Verankerung der Nomenklatur vor Ort; oder auch auf das Gefühl, die neuen Eliten in den urbanen Zentren würden als Vorkämpfer des Wirtschaftsliberalismus die Interessen der Provinz außer acht lassen. Insgesamt drängt diese Komponente des Elektorats die Nachfolgeparteien in eine konservative Richtung, in eine Richtung eher des Bewahrens als der Neugestaltung.

Eine dritte wichtige Komponente der Nachfolgeparteien-Wählerschaft bildet die wachsende Zahl der *sozial Schwachen und Benachteiligten* – jene Bevölkerungsgruppen also, die durch die Wirtschaftstransformation marginalisiert werden oder in materielle Not geraten. Der Einsatz für einen verstärkten Schutz dieser Gruppen ist legitim und notwendig, er bildet ja auch ein wichtiges Anliegen der lokalen Sozialdemokraten. Anders als die Sozialdemokraten neigen die Nachfolgeparteien dabei jedoch – in Verklärung sozialer Sicherheiten im Realsozialismus – zu wählerwirksamem Sozialpopulismus. Besonders problematisch und brisant wird dies, wenn bestimmte Strömungen in Nachfolgeparteien auf der Suche nach neuer Legitimation und Massenwirksamkeit *Sozial-Populismus* und *National-Populismus* kombinieren. Ansätze hierfür gibt es vor allem in Bulgarien, aber auch in den ostmitteleuropäischen Ländern.

Schließlich gibt es eine eher technische Seite für die relative Stärke der ExKPen, die – ließe man sie außer acht – zu falschen Schlußfolgerungen führen könnte. Zum einen sind sie den Neu-Parteien materiell und organisatorisch noch immer überlegen – aufgrund ihrer *festen Organisationsstruktur*, ihrer effektiven Parteibürokratie, ihrer Presse, ihrer Ausstattung sowie ihrer Erfahrung und Kompetenz in der Verwaltung. Darüber hinaus sind sie *landesweit präsent*, mit einem relativ starken Apparat im Zentrum und in den Provinzen (Polen: rund 1000 Funktionäre und Angestellte). Wenn diese Startvorteile im Laufe der Zeit verschwinden, wird sich das auf die Wahlergebnisse auswirken.

Wer sind die Mitglieder?

Trotz großen Aderlasses sind die ExKPen mitgliedermäßig stark geblieben: Partei-offiziellen Angaben zufolge zählt die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) 480 000 Mitglieder, die KPBM 360 000 Mitglieder. Die übrigen ExKPen sind mit Zahlen um 40–60 000 Mitgliedern deutlich schwächer, aber noch immer landesweit fest verankert und meist stärker als die neuen Parteien. Dies gilt unabhängig davon, ob die Nachfolgeparteien aus Gründen der Glaubwürdigkeit ihres Wandels Neuregistrierungen vornahmen (wie in Bulgarien, Ungarn und der Slowakei) oder darauf verzichteten (wie in der Tschecho-Slowakischen Föderation und in Polen).

Leider wissen wir nur wenig über den Anteil der *Neueintritte*

nach der Umwidmung der ExKPen sowie über die soziale und altersmäßige Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft überhaupt. Analog zur ostdeutschen PDS scheint sich der Mitgliederschwund – neben dem Ausschluß oder dem Austritt von belasteten Führungskadern bzw. von kommunistischen Altgläubigen – insbesondere auf Karrieristen, Opportunisten sowie solche Personen zu beziehen, die aufgrund ihrer beruflichen Funktion das KP-Mitgliedsbuch erwerben mußten und es nach den Revolutionen zurückgaben. Neueintritte sind dagegen kaum zu verzeichnen (vielleicht mit Ausnahme der slowakischen Partei). Trotz des Versuchs einer Reihe von Nachfolgeparteien, sich durch Verjüngung von Führung, Kadern und Parlamentsfraktionen das Image von Parteien der Jugend zu geben, oszilliert das Durchschnittsalter ihrer Mitgliedschaft um 50 Jahre, rund ein Drittel bilden Pensionäre.

All dies sind Indizien dafür, daß in der Mitgliedschaft der ExKPen – ähnlich wie in ihrem Elektorat – auch weiterhin jene Gruppen mit ihren Familien die große Mehrheit bilden, die der Partei bereits vor der Wende angehört hatten. Bislang scheint es ihnen nur sehr begrenzt gelungen, unter den mit dem Systemwechsel heranwachsenden Schichten Fuß zu fassen. Beides konditioniert stark die politische Linie der Neo-Sozialisten – insbesondere dann, wenn sie sich mit den früher KP-nahen Richtungsgewerkschaften verbinden (wie in Polen und Ungarn).

So geben Neuregistrierung der Mitglieder und Abspaltung orthodoxer KP-Segmente zwar gewisse Hinweise auf das Streben nach Reform. Zugleich bildet die weitgehend alte soziale Basis jedoch eine schwere Altlast gerade auch für jene Parteiführer, die ihre Partei durch radikale Runderneuerung für die Demokraten koalitionsfähig machen wollen (Beispiele: Slowakei, Ungarn, Polen, und zwar in dieser Reihenfolge). Besonders belastet ist hierbei die KP der tschechischen Länder, die nach der sowjetisch geführten Militärintervention vom August 1968 massenhafte Säuberungen in ihren Reihen vornahm und daher beim Umbruch von 1989 über keine alternative Reformströmung verfügte.

Überall gibt es Fraktionsbildungen und Flügelkämpfe

Sämtliche Nachfolgeparteien sind von mehr oder weniger starken Fraktionsbildungen und Flügelkämpfen geprägt, der Klärungsprozeß in ihren Reihen ist also noch in vollem Gange. Zwar sind parteiinterne Flügelkämpfe in demokratischen Parteien eine normale Erscheinung. Angesichts der rapiden sozialökonomischen Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa sind sie für die sich neu formierenden Parteien dieser Region sogar unvermeidlich. Insofern befinden sich die früher streng zentralistisch organisierten ExKPen durchaus auf dem Wege einer natürlichen Anpassung an die Bedingungen ihres demokratisch-pluralistischen Umfelds. Gleichwohl verweisen die Flügelkämpfe bei den Nachfolge-

parteien auf ein spezifisches Problem – das Problem der Ungeißheit über deren zukünftige Grundlinie und Identität. Zwar haben die Parteiführungen die demokratischen Spielregeln prinzipiell akzeptiert. Das ist ein gewaltiger Schritt, wenn man bedenkt, daß die Nachfolgeparteien auf Formationen aufbauen, die sich in ihrem Denken und Handeln – nicht zuletzt im Verhältnis zur Sozialdemokratie – von Leninschen Diktaturkonzepten leiten ließen. Neo-bolschewistische Segmente wurden von den ExKPen abgestoßen, diese gründeten eigene Parteien, die bislang keinen Einfluß gewinnen konnten.

Dennoch gibt das Akzeptieren der Demokratie, so wichtig es ist, noch keine Auskunft über die zukünftige *Identität* der ExKPen, über ihre zukünftige programmatische Ausrichtung und damit über ihre Zuordnung zu bestimmten Parteifamilien in Europa. Neoliberalismus, Sozialdemokratie, Nationalismus, pragmatischer oder opportunistischer „Zentrismus“ – all diese Konzepte sind in unterschiedlicher Stärke und Mischung in den Nachfolgeparteien virulent. Man kann verstehen, daß sie auf der Suche nach neuer Legitimation bestrebt sind, ihre politische Linie durch raschen Rückgriff auf erfolgreiche nichtkommunistische Programmatiken ideologisch zu untermauern. Gerade die Geschwindigkeit der ideologischen Umwidmung sowie die Divergenz in den Richtungen verweisen jedoch auf Folgendes: Die Nachfolgeparteien sind innerlich mehr oder weniger instabil, die Adaptation bleibt mitunter oberflächlich, weitere Abspaltungen oder sogar Spaltungen sind wahrscheinlich.

Dominierend ist in allen Ländern das sogenannte *Parteizentrum*. Sein Hauptaugenmerk richtet sich darauf, die Partei zusammenzuhalten, ihr neue Legitimität zu verschaffen sowie sie schließlich bündnis- und koalitionsfähig zu machen. Dabei steht das Zentrum freilich vor schwierigen Problemen, die es oft durch schieren Opportunismus oder Widersprüche zwischen Wort und Tat zu lösen sucht. Stichworte sind: Die Notwendigkeit, innerparteilich divergierende Interessen bedienen zu müssen, beispielsweise diejenigen der „Nomenklatur-Bourgeoisie“ einerseits und der sozial Benachteiligten andererseits; die Schwierigkeit, in ihrer Strategie Nationalismus und Europäismus auf einen Nenner zu bringen; das Dilemma, in die Familie der internationalen Sozialdemokratie aufgenommen werden zu wollen, ohne die Sozialdemokratie als Idee und Strömung im Lande selbst wirklich voll zu akzeptieren. In ihren Programmen und Wahlplattformen rücken sie soziale Forderungen in den Vordergrund, ohne sie mit den übrigen Aspekten des Transformationsprozesses auszubalancieren und seriöse Konzepte für die Finanzierbarkeit zu entwickeln.

Nationalistische Versuchungen gibt es in allen Nachfolgeparteien – sei es in den Führungen der Gesamtpartei (wie in Bulgarien und der Slowakei), sei es in Form politischer Strömungen (wie in Ungarn und Polen). Politisch drückt sich dies in der Neigung aus, Bündnisse mit nationalistischen Gruppierungen zu schließen (so die BSP), Konvergenzen mit nationalen Kräften festzustellen (so die slowakische Partei im Ver-

hältnis zur Partei *Meciars*) oder national-populistischen Gleichklang zu suchen (so die – durch *Pozsgays* Abgang allerdings geschwächte – *Szürös*-Strömung in Ungarn gegenüber dem Demokratischen Forum).

Sozialdemokratische Minderheitsströmungen existieren ebenfalls in allen Nachfolgeparteien, festzumachen an Namen wie *Wiatr* in Polen, *Vitányi* in Ungarn, *Tomov* und *Stoilov* in Bulgarien. Oft – aber nicht nur – geführt von jüngeren Intellektuellen aus den urbanen Zentren, fordern sie eine konsequentere „Sozialdemokratisierung“ ihrer Parteien. In diesem Zeichen treten sie für enge Beziehungen zu den lokalen Sozialdemokraten sowie zu den sozial-liberalen Strömungen in den zerfallenden Sammlungsbewegungen bzw. den linksliberalen Parteien ein. Die sozialdemokratisch orientierten Gruppierungen in den Nachfolgeparteien sind schwach – teils weil sie die Hoffnung auf radikale Parteireform aufgegeben haben und aus der Partei ausgetreten sind, teils, weil sie von den „zentristischen“ Parteiführungen energisch bekämpft und marginalisiert werden. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet die Partei der Demokratischen Linken der Slowakei (PDL), in der die Führung um *Peter Weiss* den treibenden Motor einer „Sozialdemokratisierung“ der Partei bildet.

Programmatik und Bündnispolitik

Was die *Programmatik* angeht, so bekennen sich alle angesprochenen Parteien zu Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft, und zwar in einer Ausprägung, die sich von den Konzeptionen der lokalen Sozialdemokraten oft nur graduell unterscheidet. Die größte Differenz zu ihnen liegt auf dem zentralen Gebiet der Wirtschaftstransformation vielleicht in Folgendem: Die lokalen Sozialdemokraten sind – nach westlichen Kategorien – eher sozial-liberal orientiert. Einige KP-Nachfolgeparteien dagegen suchen eine Art „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Realsozialismus, konzentrieren sich in erster Linie auf sozialpolitische Themen. Sie sind einer starken redistributiven Wirtschaftspolitik verpflichtet, die mit den Forderungen einer Modernisierung der überetatisierten Wirtschaft nur schwer in Einklang zu bringen ist.

Bekanntlich plädieren die meisten ExKPen energisch dafür, die Ausweitung von Marktbeziehungen eher *langsam* vorzunehmen. Ganz ähnlich warnen sie vor übereilten Privatisierungen – insbesondere dann, wenn es um die unumgängliche Zerschlagung und/oder Liquidierung technologisch veralteter und daher wettbewerbsunfähiger Großbetriebe geht. Gewiß stehen hier auch die Sozialdemokraten – als eigenständige Parteien oder als sozialliberale Strömungen in anderen Parteien – vor einem Dilemma. Ihm suchen sie durch eine Art Doppelstrategie zu entgehen: Sie erkennen radikale Wirtschaftstransformationen als notwendig an und tragen sie mit – freilich unter der Voraussetzung aktiver staatlicher Gestaltung des Strukturwandels und eines Minimalschutzes für die betroffenen Arbeitnehmer.

Große geistliche Autoren

Worte für jeden Tag

Heinrich Spaemann



Er ist dein Licht
Meditationen für jeden Tag

Jahreslesebuch

Herder

Die unverwechselbare Stimme des großen geistlichen Meisters, die Summe einer langen Lebenserfahrung.

400 S., geb. 32,- DM.

ISBN 3-451-22643-X

Georg Moser



**Täglich
Grund zur Hoffnung**

Meditationen für jeden Tag

Jahreslesebuch

Herder

Texte des unvergessenen Bischofs Georg Moser: überzeugende Worte voll gläubiger Lebensweisheit.

400 S., geb. 34,- DM.

ISBN 3-451-22858-0

Carlo Carretto



**Denn
du
bist
mein
Weg**

Meditationen für jeden Tag

Jahreslesebuch

Herder

Kerngedanken Carlo Carrettos: die bleibende Botschaft eines der bedeutendsten religiösen Autoren der Gegenwart.

396 S., geb. 32,- DM.

ISBN 3-451-22385-6

Carlo M. Martini



**Christus
entgegengehen**

Meditationen für jeden Tag

Jahreslesebuch

Herder

Die besten Meditationstexte des Mailänder Erzbischofs und großen geistlichen Autors Carlo M. Martini.

400 S., geb. 32,- DM.

ISBN 3-451-22037-7

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Die Parteizentren und auch die national ausgerichteten Strömungen der meisten KP-Nachfolgeparteien dagegen halten an dem Konzept eines überdimensionierten, Marktbeziehungen hemmenden, subventionsbedürftigen und international konkurrenzunfähigen *Staatssektors* fest, ohne dabei realistische Alternativen für den notwendigen Strukturwandel aufzuzeigen. Dabei spielen teils ideologische Vorbehalte eine Rolle, teils aber auch sozial- und nationalpopulistische Überlegungen. Denn mit einer solchen Strategie können drei wichtige Gruppen der Klientel bedient werden: das noch durchaus prä-sente alte Wirtschaftsmanagement (soweit es sich nicht in eine „Nomenklatur-Bourgeoisie“ verwandelt hat), die Arbeiterschaft in den gefährdeten Großbetrieben (und die sie vertretenden gewendeten Richtungsgewerkschaften) sowie schließlich jene Kreise, die den Einstieg ausländischen Kapitals in die heimische Wirtschaft als nationalen Ausverkauf brandmarken.

Viele ExKPen neigen in ihrem *Politikverständnis* und ihrer *Wertepräferenz* eher zu *konservativen* als zu liberalen Grundeinstellungen – stärker jedenfalls, als es in ihrer Programmatik zum Ausdruck kommt. Als Beispiele, die gewiß bei den einen Parteien mehr (Bulgarien, Tschechische Republik) und bei anderen weniger stark ausgeprägt sind (Ungarn, Slowakei), seien hier stichwortartig und in bewußter Zuspitzung genannt: Starker Zentralstaat und Etatismus statt Dezentralisierung und Rücknahme des Staates; interventionistische Marktwirtschaft statt Marktliberalisierung; nationale Akkumulation statt Heranziehung von Auslandskapital; Disziplin und Ordnung statt Autonomie für soziale, kulturelle und nationale Gruppen; Klientelismus statt Chancengleichheit; nationalistische Versuchungen statt supranationale Integration; nationale Minderheiten als Problem der Nation und nicht als Fragen von allgemeinen Menschenrechten sowie individuellen und kollektiven Bürgerrechten.

Ungeklärte Vergangenheit und ungewisse Zukunft der Nachfolgeparteien

Die Bündnispolitik der ExKPen zielt indes nicht auf Zusammenarbeit mit den Konservativen – obwohl es in Ungarn und Polen durchaus Hinweise auf gewisse Absprachen und Intentionen gibt. Vielmehr setzt sie auf Allianzbeziehungen mit der demokratischen Linken. Doch sind die ExKPen auch hier mitunter inkonsequent. Ein Beispiel hierfür war die Weigerung der BSP, die Präsidentschaftskandidatur des Sozialdemokraten *Dertliev* mitzutragen. Ein anderes Beispiel lieferte das indirekte Zusammenspiel der National-Konservativen und der Exkommunisten in Polen in dem Bemühen, bei der Besetzung der Parlamentsausschüsse im Anschluß an die Sejm-Wahlen vom Oktober 1991 die Kräfte des politischen Zentrums auszubooten (insbesondere die Vertreter der Demokratischen Union, der stärksten Sejm-Fraktion).

Aller Voraussicht nach werden die ExKPen mittelfristig nicht

einfach verschwinden. Es ist sogar gut möglich, daß sie angesichts der hohen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen der Transformation zu *Kristallisationkernen* und *Sammelbecken des sozialen Protests* werden, der bereits heute den Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten bildet. In diesem Rahmen werden einzelne unter ihnen die sozialpolitische Linie voraussichtlich verstärkt mit nationalpolitischen Akzenten anreichern („peronistische Option“).

Parteien dieses Typs gibt es auch in *Westeuropa* – die KPen Frankreichs, Portugals und Griechenlands. Als strukturkonservative Formationen belasten sie die Modernisierung ihrer Länder, blockieren sie die Entstehung starker Sozialdemokratien. Zugleich haben sie aber auch die nützliche Funktion, radikalen Protest in parlamentarisch-institutionelle Kanäle zu lenken. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür ist der Beitrag der KPF zur Kanalisierung der Studenten- und Arbeiterrevolte vom Sommer 1968 in Frankreich.

Allerdings ist auch nicht auszuschließen, daß einige Nachfolgeparteien den Weg der KP Italiens gehen. In einem langen Transformationsprozeß hat sich die in „Demokratische Partei der Linken“ umbenannte frühere KPI mehrheitlich tatsächlich „sozialdemokratisiert“ und wurde im September 1992 als Vollmitglied in die SI aufgenommen. In Ostmitteleuropa wären längerfristige Kandidaten hierfür insbesondere die Partei der Demokratischen Linken in der Slowakei und die Sozialistische Partei in Ungarn. Doch auch sie haben erst den halben Weg zurückgelegt, sind in ihrer Substanz noch keine wirklich neuen, authentisch sozialdemokratischen Parteien.

Hierin liegt auch eine wichtige Ursache dafür, daß die neuen Parteien demokratisch-liberalen und sozialdemokratischen Typs in der Region über lockere Kontakte und gelegentliche parlamentarische Absprachen hinaus die ExKPen auch weiterhin für nicht koalitionsfähig erklären (Bulgarien mit seinem parlamentarischen Patt nach den Wahlen vom Juni 1990 war untypisch, die Große Koalition BSP/UDK entsprang einer Notsituation). Dabei verweisen diese Parteien nicht nur auf die geschilderten aktuellen Strukturen und Positionen der ExKPen, sondern deutlich auch auf deren unklare Haltung zur eigenen Vergangenheit. Die kritischen Fragen lauten: Was bedeutet es, wenn sich die ExKPen bewußt als *Nachfolgeparteien* im politischen und rechtlichen Sinne verstehen? Ist ein Neuanfang möglich, wenn sie teilweise erst durch politischen Druck oder gesetzliche Vorkehrungen zur Abgabe illegitim erworbenen Parteivermögens gezwungen werden mußten (Polen, Bulgarien, Tschechische Republik)? Wie steht es um die Glaubwürdigkeit der Parteien – auch als Anwälte der sozial Benachteiligten –, wenn sie große Teile dieses Vermögens in dunkle Kanäle lenkten, z. B. mittels der sogenannten „Nomenklatur-Privatisierung“ (in Ungarn etwa im Zusammenhang mit den parteieigenen Printmedien)? Inwieweit sind einzelne gegenwärtige Parteiführer in Repressionen der alten Regime verwickelt?

Auch vor *diesem* Hintergrund einer mangelnden Glaubwürdigkeit in der Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit ist

die Zukunft der KP-Nachfolgeparteien ungewiß – trotz ihrer attraktiven Angebote auf sozialpolitischem Feld. Das gilt um so mehr, als in ihren Reihen starke zentrifugale Prozesse wirksam sind, so daß mit weiteren Abspaltungen gerechnet werden muß. Durchlässiger werden die scharfen Abgrenzungslinien der neuen Parteien vorerst lediglich gegenüber den ExKPen in der Slowakei und in Ungarn.

In der Slowakei bot die Sozialdemokratie der PDL die Zusammenarbeit an – bislang ein Präzedenzfall in ganz Ostmitteleuropa. Eine Kooperation der Parlamentsfraktionen beider Parteien scheint durchaus möglich. In Ungarn wird die Sozialistische Partei von der Opposition mittlerweile als Teil der Bürgerbewegung „Demokratische Charta“ akzeptiert, die der bekannte Schriftsteller György Konrad 1992 als Gegengewicht gegen nationalchauvinistische Strömungen im Lande gründete. Das könnte auf gewisse Dispositionen der liberaldemokratischen Linken hindeuten, die Abgrenzung zu ihr zu

relativieren und die USP bei einem zukünftigen parlamentarischen Patt und zugleich scharfer Zuspitzung des Verhältnisses zu den konservativ-nationalen Kräften als möglichen Koalitionspartner einzubeziehen.

Zieht man ein Fazit zu Charakter, Substanz und politische Ausrichtung der früheren KPen in Ostmitteleuropa, so zeigt sich: Unter ihnen gibt es große Unterschiede in Breite und Tiefe des Wandels – etwa zwischen den Vorhuten in Form der Ungarischen SP und der PDL der Slowakei einerseits sowie den Nachzüglern in Form der KP in der Tschechischen Republik und der Bulgarischen SP andererseits (die KP-Nachfolgepartei „Sozialdemokratie der Republik Polen“ nimmt zwischen den beiden Extremen eine mittlere Position ein). Diese Unterschiede sollten von potentiellen Partnern im Westen bei Strategien des Dialogs sowie möglicher internationaler An- und Einbindung berücksichtigt werden.

Heinz Timmermann

Flucht aus der Moderne oder ihr Spiegel?

Ein Literaturbericht zum Thema Fundamentalismus

Wenn die Zahl der Buchtitel, die zu einem Thema erscheinen, Ausdruck seiner aktuellen Bedeutung ist, dann müßte das Thema „Fundamentalismus“ und vieles, was damit direkt und indirekt zusammenhängt, im Zentrum gegenwärtiger Stimmungen, Ängste und Besorgnisse in Politik, Kirche und Gesellschaft stehen. Ein gerade inflationär zu nennender Gebrauch des Wortes verdeckt jedoch nur allzu leicht manche Schwierigkeiten im Umgang mit diesem aus dem amerikanischen Protestantismus abgeleiteten Begriff. Zuweilen nimmt der Kampf gegen die Fundamentalisten selbst fundamentalistische Züge an.

Wenn ein Begriff wie Fundamentalismus bzw. fundamentalistisch so oft und in so unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet wird, wenn er von Teheran bis Rom, von Guatemala-City bis Ecône bzw. Wigratzbad angeblich entscheidende Charakteristika der politischen wie religiösen Gegenwarts-kultur bezeichnen soll, ist es nur mehr als billig, genauer hinzusehen, was im einzelnen darunter verstanden wird, ob damit nicht doch viel zu unterschiedliche Phänomene miteinander zu unkritisch verglichen oder gar innerlich verknüpft werden. Mißtrauisch macht vor allem die *praktische, strategisch abge-zweckte Verwendung* des Fundamentalismus-Begriffs: Wenn Fundamentalisten immer nur die anderen sind, liegt der Verdacht nahe, man zimmere sich ein zwar möglicherweise nützliches, aber der Sache nach doch wenig konsistentes Feindbild zusammen.

Eine erste Antwort auf die Frage, was man unter Fundamentalismus versteht und wie man sich dem so bezeichneten Phänomen nähert, gibt die Art und Weise, in der Autoren und Herausgeber von Veröffentlichungen das Thema methodisch angehen. Was der Fundamentalismus-Forscher Fritz Stolz (in: ders., Victor Merten, Zukunftsperspektiven des Fundamentalismus, Universitätsverlag, Freiburg i. Ue. 1991, 23; vgl. HK, August 1990, 378 ff.) an operationalisierenden Zugangswegen zum Thema nennt, kennzeichnet auch die Konzepte von zahlreichen Büchern, die gegenwärtig dazu erscheinen: Entweder man versucht, einen *Allgemeinbegriff* von Fundamentalismus zu formulieren und dann verschiedene spezielle Unterbegriffe zu unterscheiden und zu charakterisieren (protestantischer, katholischer, islamischer, politischer Fundamentalismus); oder aber man faßt Fundamentalismus ganz eng und schließt